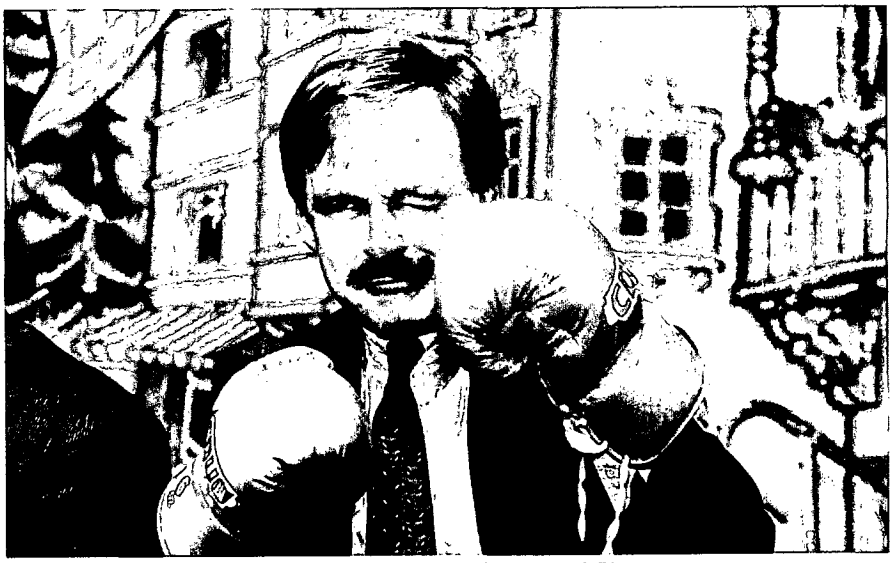
Hamburg-Wahl

Alles Geschwafel

Vor der Wahl der Bürgerschaft sind die etablierten Parteien hilflos. Viele Unzufriedene, fürchtet Bürgermeister Voscherau, könnten nach rechts abdriften.



CDU-Wahlkämpfer Fischer: Vorträge eines Musterschülers

Das Spiel hat Zukunft. Jeder kann mitmachen, heißt es. Oder: der Dilettant als Retter in der Not. Im Hamburger Wahlkampf ist der Wettbewerb bereits ein Hit.

Ein Mitspieler ist Lutz Mohaupt, 51, Hauptpastor an der Hamburger Kirche St. Jacobi. Wenn die CDU die Wahl gewinnen sollte, will der Gottesmann Senator für Kultur und Wissenschaft werden. Nicht daß er von beidem besonders viel verstünde. Er sei, bekundet der Bewerber freimütig, „kein politischer Profi, auch nicht in der Wissenschafts- und Kulturpolitik". Was er statt dessen „dieser Stadt vor allem anbiete", sei eine „nicht in 1000 parteipolitischen Kämpfen verschlissene Wahrnehmungsfähigkeit".

Der Mann liegt voll im Trend. Weil viele Wähler die altvertraute Politikerkaste satt haben, ist der unbedarfte Quereinsteiger für manche Parteiwerber, so das *Hamburger Abendblatt*, „fast zum Zauberwort geworden".

Die Wählervereinigung Statt Partei geht gleich mit einem ganzen Ensemble unternehmungslustiger Laienspieler ins Rennen (siehe Kasten). Und die Liberalen möchten mit Gisela Wild, 60, einer angesehenen, aber im politischen Geschäft gänzlich unerfahrenen Rechtsanwältin, die alte FDP mit ihrem ständig recycelten Personal vergessen machen.

Mit ihr hätten sich die Liberalen, preist Frau Wild ihre Partei, für den „politischen Antityp, die Kandidatin aus dem Volk", entschieden und damit bewiesen, daß sie „die Zeichen der Zeit vernommen" hätten.

Herkömmliche Politiker, meint die Polit-Anfängerin, würden doch nur mit glatten Formulierungen und schnellen Versprechungen „ständig über das Wasser laufen". Sie möchte statt dessen „überbringen, daß die Bürger Politiker wählen, die ihnen sozusagen die Garantie geben, daß sie nicht nur Sprüche machen, sondern ernsthaft an der Sache arbeiten".

Doch längst hat die FDP-Spitzenkandidatin zu spüren bekommen, wie schwer es ist, als Neuling mitten im Wahlkampf eine eigene Rolle zu finden. Wenn sie bei Auftritten zaghaft nach Worten sucht, Sätze immer wieder unsicher mittendrin abbricht und in der einen oder anderen Frage gar nicht weiterweiß, werden die Gesichter ihrer im Hintergrund nervös ausharrenden Berater so zerfurcht und faltig wie erkaltete Lavamassen.

Auch beim Wähler kommt der Dilettantismus nicht immer so an, wie die Parteistrategen gedacht haben. Gisela Wild schallt aus dem Publikum das eine oder andere Mal entgegen, was sie selbst den Politprofis vorhält: „Alles Geschwafel."

Die Kandidatin, spottet der CDU-Spitzenmann Dirk Fischer, 49, auf einer Wahlveranstaltung, habe wohl „mehr Lebensgefühl als Sachkenntnis". Die Häme des Christdemokraten ist ganz unangebracht. Gerade Politiker wie der CDU-Bewerber um das Bürgermeisteramt und seine verkrustete Hamburger Partei sind es, die Menschen vor der Politik in die Flucht getrieben haben.

Fischer ist Ziehkind des langjährigen Hamburger Unionsvorsitzenden Jürgen Echternach, 55. Jahrzehntelang konnte in der hanseatischen Union nur etwas werden, wer in einer von „Echt danach" (Herbert Wehner) zusammengestellten Geheimrunde ausgekungelt worden war. Vom Landesvorstand protegierte Kandidaten wurden durchgepaukt.

Mit dieser Praxis habe die CDU gegen „demokratische Grundsätze" verstoßen, bemängelte das Hamburgische Verfassungsgericht im Mai dieses Jahres; das Gericht erklärte die Wahl vom Juni 1991 kurzerhand für ungültig und ordnete Neuwahlen an.

Parteichef Fischer löste die Echternachsche Kungelrunde zwar auf und reformierte nach dem Gerichtsurteil die Kandidatenaufstellung. Dennoch bleibe die Hamburger CDU mit Fischer an der Spitze „eine reglose Gemeinschaft", beobachtete der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Reimers, der nach 31 Jahren Mitgliedschaft austrat. Er ist nicht der einzige.

Unter denen, die nicht länger mitmachen wollten, waren auch zwei Bürgerschaftsabgeordnete. „Mit Kandidaten, die in alte Seilschaften fest eingebunden oder als glatte Karrieristen bekannt sind, eilt die CDU nun der verdienten Wahlniederlage entgegen", schrieb der CDU-Parlamentarier Jürgen Warmke in seinem Abschiedsbrief.

Elvira Eichmann, CDU-Mitglied seit 1972, hofft immer noch, ihre Partei von innen erneuern zu helfen. Bisher würden „dieselben Narren, nur mit anderen Kappen, ihr ruinöses Spiel weiter fortsetzen", monierte die Parteikritikerin und warb in Bonn beim Parteivorsitzenden um Unterstützung. Vergeblich.

Entnervt erstattete Frau Eichmann vergangene Woche zusammen mit dem emeritierten Politikprofessor Winfried Steffani und zwei Mitstreitern beim Landgericht Hamburg Strafanzeige gegen Fischer und den jetzigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Echternach. Es könne doch nicht sein, so die Parteikritikerin, daß DDR-Politiker wie Hans Modrow und Wolfgang Berghofer wegen Wahlfälschung bestraft würden, „langjährige Hamburger ‚Wahlfälscher'" aber „völlig ungeschoren" davonkommen.

Eine Quittung wird es wohl geben: Nach einer Infas-Umfrage aus der vergangenen Woche* sinkt der Stimmenan-

* Laut Infas bekommen die SPD 40 Prozent (1991: 48,0 Prozent), FDP: 4 Prozent (1991: 5,4), GAL: 11 Prozent (1991: 7,2) und die neu antretende Statt Partei sowie die rechtsradikale DVU jeweils 4 Prozent. 25 Prozent haben sich jedoch noch nicht endgültig entschieden, 17 Prozent machten keine Angaben.

teil der hamburgischen CDU bei der Wahl am nächsten Sonntag von ohnehin schon mageren 35,1 Prozent auf 31 Prozent.

Im Wahlkampf versucht der CDU-Mann denn auch gar nicht erst den Eindruck zu erwecken, als glaube er ernsthaft daran, SPD-Bürgermeister Henning Voscherau, 52, ablösen zu können. Fischers Reden, hölzern vorgetragen, wirken wie die einstudierten Vorträge eines braven Musterschülers, dem eingebleut wurde, vor allem immer schön deutlich zu sprechen.

Die Schwäche seines CDU-Gegenspielers wird Bürgermeister Voscherau wohl dennoch nicht vor dem Verlust der absoluten Mehrheit bewahren. Er kämpfe diesmal, klagte der Sozialdemokrat vor Vertrauten, nicht gegen eine bestimmte Politik, sondern gegen „ein Gefühl" – gegen den politischen Frust. Schon vor zwei Jahren waren fast 34 Prozent der Wahlberechtigten daheim geblieben. Diesmal, sorgt sich der Regierungschef, könnten verärgerte und noch unsichere Wähler scharenweise zu den Rechten überlaufen. Die Republikaner und mehr noch die DVU versuchen, die Hamburger vor allem mit Postwurfsendungen aufzuhetzen.

Helmut Schmidt soll nun helfen, enttäuschte Sozialdemokraten zurückzugewinnen. „Sorgen Sie dafür, daß unsere Stadt in guten Händen bleibt", mahnt der Alt-Bundeskanzler von Plakatwän-

Was ist gut für die Oma?

Die Hamburger Statt Partei – Bürgerbewegung ohne Programm

Wenn Markus Wegner, 40, Vorsitzender der neugegründeten Wählervereinigung Statt Partei, zum Wahlkampf bittet, drängeln sich Neugierige, als gebe es einen Wunderheiler zu sehen. „Sie müssen nicht sagen, was Sie machen", meldet sich ein Endfünfziger auf einer Versammlung enthusiastisch zu Wort. „Im Grunde möchte ich sagen, hier haste meine Stimme. Nimm sie und mach was."

Getrieben von einer diffusen Wut auf die etablierten Parteien, strömen vor allem Mittelständler in die Versammlungen des einstigen CDU-Parteirebellen. Wegner bedient sie gut. „Die Parteien sind unerreichbar wie Hubschrauber, die über einem kreisen", spottet der Kleinverleger, der mit seiner Verfassungsklage gegen die undemokratische Kandidatenaufstellung bei der Hamburger CDU die Neuwahlen erzwang. Und: „Wir wollen nicht mehr das ewige Blabla von Parteien, das haben wir satt." Als Kandidaten seien jetzt „normale Bürger" gefragt.

Rotraut Meyer-Verheyen, 52, bewirbt sich hinter Wegner auf Platz 2 für die Bürgerschaft. Ihre Kandidatur begründet die Diplom-Volkswirtin auf einer Wahlveranstaltung im gutbürgerlichen Hamburg-Ohlstedt: „Eh' ich jetzt ganz resigniere, lass' ich meinen Elan raus. Ich habe gar keine Ahnung von Politik." Applaus.

Verkaufsleiter Dietmar Busold, 50, der für die Statt Partei in die Bezirksversammlung Hamburg-Nord einrücken möchte, wirbt für sich mit dem Geständnis: „Hier steht ein politischer Neuling. Ich hab' noch nie was mit Parteien zu tun gehabt." Applaus. „Parteifuzzi", wie Busold die Mitbewerber von CDU, SPD, FDP und Grünen abfällig nennt, möchte hier nun wirklich keiner sein.

Aber was wollen sie sein? „Wir sind", sagt Markus Wegner, „die Sicherung im Sicherungskasten, Garanten gegen Parteienfilz und Ämterhäufung."

Manchem klingt das allzu nebulös. „Mir reicht das nicht", sagt ein Zuhörer. „Ich will wissen, was ich wähle." Es sei, moniert ein anderer, „sehr oft angesprochen worden, was falsch ist. Ich habe aber noch nicht verstanden, was Sie konkret machen wollen".

Statt-Partei-Chef Wegner, unumstrittener Wortführer der Wählervereinigung mit inzwischen 330 Mitgliedern, schätzt die Frage nach der Programmatik der neuen Gruppierung gar nicht. „Wir sind eine Bürgerbewegung", antwortet er, und „ich kann nicht verstehen, warum immer gefragt wird, was wir für ein Konzept haben. Wir wollen mitmachen, weil wir alle das Gefühl haben, jetzt müssen wir anpacken".

„Die erhebliche Programmlosigkeit", so Wegner, sei „Programm". Schließlich gehe es darum, „zweckrationale Entscheidungen" zu finden. Von Fall zu Fall müsse geprüft werden, „was ist gut für meine Kinder, was ist gut für meine Oma. Das ist doch das Kriterium".

Da jedoch der einen Oma gefallen mag, was der anderen ein Graus ist, antwortet Rotraut Meyer-Verheyen auf die Frage eines Zuhörers, ob denn die Statt Partei „mit einer Zunge spricht", so: „Ich spreche mit einer Zunge, mit meiner." Ein anderer Kandidat rät, bei Problemen wie Kriminalität, Verkehrspolitik oder Wohnungsnot einfach jeden Bewerber zu befragen. „Zu den Herzensdingen hat jeder seine Meinung."

Fraktionszwang soll es denn auch für die Abgeordneten der Statt Partei nicht geben. „Jeder muß sich", so Wegner, „nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden."

„Wie wollen Sie eigentlich verantwortliche Politik machen", entfährt es da empört einem Zuhörer, „wenn dauernd der eine mit hü und der andere mit hott abstimmt?"

Der Mann, findet Wegner, hat „wenig Phantasie".



Statt-Partei-Gründer Wegner
Diffuse Wut auf die Etablierten

den. Zur Wählerverdrossenheit haben Hamburgs Sozialdemokraten, die seit 1946 mit Ausnahme von vier Jahren ununterbrochen den Bürgermeister stellen und die Hansestadt mit einem feinen Filz überzogen haben, selbst viel beigetragen.

Weil Genossen verschiedener Couleur (Parteispott: „Ein rechts, ein links, keinen fallenlassen") im Machtgefüge bedacht werden wollen, belästigte die Regierungspartei die fassungslose Öffentlichkeit wochenlang mit einem Kleinkrieg zwischen Bausenator Eugen Wagner, 51, vom rechten Parteiflügel und der linken Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller, 43. Wie überflüssige Ladenhüter wanderten so wichtige Sachgebiete wie Stadtplanung und Verkehrspolitik wahllos zwischen den beiden zerstrittenen Sozialdemokraten hin und her. Kaum war es ruhig um Wagner und Müller geworden, kam heraus, daß die städtische Wohnungsbaugesellschaft Saga, deren Aufsichtsratsvorsitzender Bausenator Wagner ist, Wohnungen zu Billigmieten an Mitarbeiter vergeben hat.

In noch üblerer Erinnerung ist Hamburger Wählern der gescheiterte Diätencoup. Parlamentarier von CDU, FDP und SPD hatten in schönster Eintracht versucht, sich exorbitant hohe Versorgungsleistungen aus der Staatskasse zu sichern.

Regierungschef Voscherau stärkte den raffgierigen Parlamentariern zunächst den Rücken, distanzierte sich dann aber, als die Geschichte zu stinken begann, flugs von den Machenschaften.

Im laufenden Wahlkampf versucht tricky Voscherau seine Wähler vor allem mit Publikumsbeschimpfungen bei der SPD zu halten (SPIEGEL 31/1993). Natürlich, sagt er rüde, habe „in einer Demokratie jeder das Recht, für jeden Quatsch zu votieren", aber „wer sich die Suppe einbrockt, hat sie auch auszulöffeln".

Er jedenfalls stehe für eine Koalitionsregierung nicht unbedingt zur Verfügung. Mit der FDP will er nicht, eine Große Koalition mit der CDU mag er nicht, und bei den Grünen ziert er sich.

Die Spitzenkandidatin der Grün-Alternativen Liste (GAL), Krista Sager, 40, hält das für schlichtes „Wahlkampfgetöse". Zufrieden registriert die gelernte Lehrerin, wie sie von Wählern schon als künftige Senatorin angesprochen wird. Vorbei die Zeiten, als schräge grüne Bürgerschrecks die Hamburger – je nach Standpunkt – verärgerten oder amüsierten.

Alle GAL-Abgeordneten, teilte Springers *Welt* ihren Lesern mit, könne man „unbesorgt" nach Hause einladen – „keine lila Latzhose mehr, keine explodierte Stahlwolle auf dem Kopf, keine schrillen Parolen". Statt dessen gleicht Spitzenkandidatin Sager einer klugen, disziplinierten Managerin, die endlich ihr Modell Rot-Grün absetzen will.

„Bei uns", sagt sie, „sind die Leute froh, daß wir aus der Kinderkuhle raus sind." ❑



FDP-Wahlkämpferin Wild*: „Ständig über das Wasser laufen"

* Mit FDP-Landesparteichef Robert Vogel bei der Vorstellung von Wahlplakaten.

Prozesse

Technik vom Klassenfeind

Die Justiz jagt, drei Jahre nach dem Untergang der DDR, noch immer Embargosünder, die den SED-Staat mit High-Tech versorgt haben.

Der „Majunke, Hans-Joachim, geb.: 20.05.32/Breslau, wohnhaft BRD 5047 Wesseling", schien dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit gleich doppelt wichtig.

Als Vorsitzender der FDP im Erftkreis zwischen Köln und Bonn unterhalte „M." nicht nur „umfangreiche Kontakte . . . zu BRD-Wirtschaftsunternehmen und führenden politischen Persönlichkeiten", wie etwa zu seinen Parteifreunden Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher.

Majunke, so vermeldete ein MfS-Dossier im August 1988 weiter, stehe „seit mehr als 20 Jahren in kommerzieller Verbindung mit der DDR zu unterschiedlichen Erzeugnisbereichen der Mikroelektronik, die unter Embargobestimmungen fallen".

Majunkes rheinische Firma hatte – verbotenerweise – Computerteile und reines Silizium, den Grundstoff für die Produktion von Computer-Chips, in den Osten verscherbelt. Allein zwischen März und August 1986 schafften er und seine Familie, meist konspirativ in einem Campingwagen, Waren im Wert von 10,3 Millionen Mark über die Grenze.

Offiziell bekam Majunke, 61, sein Geld von der Banque Paribas S.A. in Basel. Das Konto mit der Nummer 377 478 T aber hatte die Ost-Berliner Elektronik Export-Import GmbH einrichten lassen – und dahinter steckte Erich Honeckers Wundermann Alexander Schalck-Golodkowski, Chef der Valuta-Behörde „Kommerzielle Koordinierung" (KoKo).

Der KoKo-Boß organisierte auf allerlei geraden und krummen Wegen Devisen fürs notleidende Regime. Er gab das Geld auch kräftig aus – vor allem für die Beschaffung teurer High-Tech-Güter für die DDR-Industrie und für die Spionageabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA).

In den ökonomischen Schlüsselbereichen Elektronik, Informatik und Maschinenbau hing das Honecker-Regime